

Voller Tapezierer u. Portefeuller Zeitung

Organ

des Deutschen Voller Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Inserate kost. die sechsgelb. Nonp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdernstraße 10 b^{III}

Jahrespreis: 120 Mark

Erscheint alle 8 Tage

Der Kampf beginnt.

Das deutsche Volk hat bei den Wahlen den Beweis erbracht, daß breite Schichten politisch noch völlig unreif waren. Mit Mühe und Not hat sich eine Parlamentsregierung zusammengefunden, die kaum imstande war, sich durch den Parteienwirrwarr hindurchzusetzen. Die bürgerlichen Parteien streben nach der Alleinherrschaft im Staate und rücksichtsloser Wahrnehmung ihrer speziellen Interessen. Die natürliche Gegenwirkung ist das selbe Extrem von links. Wenn zwei harte Mühlsteine gegeneinander reiben, muß es immer Scherben geben, einer muß zerpringen. Land und Volk muß darunter leiden, wenn sich keine der großen Parteigruppen auf das zurzeit mögliche und ausführbare Maß ihrer Wünsche und Ziele beschränken kann.

Der Reichstag ist aufgelöst, der Wahlkampf hat begonnen.

Wir Arbeiter und speziell unsere Mitglieder haben nun das denkbar höchste Interesse daran, daß bei den Neuwahlen zum Reichstag, die am Sonntag, dem 7. Dezember, stattfinden, eine Volkserhebung gewährt wird, die entschlossen ist, das Gesamtwohl des deutschen Volkes zu fördern. Eine Volkserhebung, die nicht im engen Parteinteresse ersinkt, sondern mit Weltblick die großen Aufgaben erfährt, die einem großen Kulturvolke obliegen.

In der Wahlpropaganda freilich wird jede Partei den Anschein zu erwecken suchen, als ob ihr das vorbenannte Ziel tatsächlich vorstünde. Jeder politisch einigermaßen geschulte Mensch kennt zur Genüge die Strupflosigkeit, mit welcher vor den Wahlen die bekannten Arbeiterfeinde die laudlichsten Versprechen geben, jetzt entschlossen, sie nicht zu halten, sobald ihnen die Macht in die Hand gegeben wird. Wir wissen gerade durch die Erfahrungen, die bei den Wahlen gemacht wurden, welche verhängnisvolle Strupflosigkeit Wahlpropaganda dieser Parteien in unabhällige Gruppen zerstückelt hatte.

Es gilt, wie gesagt, diesmal rechtzeitig vorzugehen, daß die politisch unreifen und ungeschulten Volksmassen rechtzeitig in rechter Weise darüber aufgeklärt werden, auf was es ankommt.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß nur starke Parteien imstande sind, eine Politik zu machen, die das Wohlergehen der Volksgemeinschaft fördert. Es kommt also darauf an, daß jeder unserer Leser dies klar

erkennt, und nicht nur das: daß er auch mitteilt, diese Erkenntnis in die weitesten Kreise unseres Volkes hineinzutragen.

Nützt daher die kurze Spanne Zeit, die uns zur Aufführung über die Wichtigkeit der kommenden Reichstagswahlen zur Verfügung steht, nach besten Kräften aus.

Sorgt dafür, daß die Launen und Flauen und besonders die Frauen des werktätigen Volkes erkennen lernen, daß sie ihre Stimme nur der sozialistischen Arbeiterpartei geben dürfen, die entschlossen ist, die Republik, die Verfassung zu erhalten. Die nicht nur leere Versprechungen hat, sondern die den Beweis erbracht hat, daß sie die Rechte des Volkes über alles stellt.

Mitglieder! Kollegen! Spannt alle Kräfte an, stellt euch diesmal nicht gleichgültig abseits mit dem billigen Trost: „Auf mich kommt's nicht an.“

Gerade auf dich, auf jeden kommt es an! Kannst du nicht reden, so läse dich, lerne es!

Vielleicht hast du mehr Talent, andere aufzuklären, als dir noch selbst bewußt ist? — Werde die Vorbereiter, die in der kommenden Wahl den Kampf für den Sieg der Arbeiterklasse, der Menschenrechte!

Vor allem lies die Arbeiterpresse, mach dich vertraut mit den Bestrebungen der Parteien und lerne klar unterscheiden.

Wart am 4. Mai große Teile des deutschen Volkes nicht die klare Einsicht bekamen, die erforderlich ist, das frivole Treiben der Reaktion zu durchschauen, wurde ein Reichsparlament gewählt, dessen Zusammensetzung efererregende Ausstrahlung gezeitigt hat.

Sorgt also dafür, daß sich die Massen nicht wieder durch leere Schlagworte, Phrasen und lockende Zukunftswörter, die nie eingelöst werden können, irreführen lassen.

Keine Politik, die nur die Interessen des Großkapitals, der Großgrundbesitzer, der nur Lebensmittelerzeugung und niedrige Entlohnung, Rechtlosigkeit und Schutzlosigkeit der arbeitenden Massen erstrebt.

Nieber mit den feindschaftlichen Methoden vergangener Zeiten, das Gesamtwohl des Volkes über alles!

geleht wird. Dieses Bestreben muß erfolglos bleiben.

Die Ursachen dafür, daß der Lohnanteil heute im allgemeinen unter die Prozentzahl der Vorkriegszeit gesunken ist, seien einmal darin zu suchen, daß das Preisniveau von der Konkurrenz des Weltmarktes diktiert werde.

„Seit Monaten verläuft die deutsche Wirtschaft ohne Verzinsung ihres Kapitals, ohne Unternehmergewinn, ja ziemlich allgemein sogar anerkanntermaßen unter den Herstellungskosten.“

„Wir wissen, daß wir in unseren wichtigsten Exportartikeln zu Beginn des Jahres, zum mindesten aber beim Uebergang von der Papier- zur Rentenmarktrechnung, 50 Proz. und noch mehr über den Auslandspreisen lagen. Wir wissen, daß unsere wichtigsten deutschen Rohstoffe, Kohle und Eisen, selbst vor ihren Fabrikbetrieben im Industriegebiet von der Auslandskonkurrenz zurückgebrängt wurden. Heute noch liegt das deutsche Eisen annähernd 10 Proz. über den Weltmarktpreis.“

Der Infanzmarkt auf der anderen Seite ist noch

weit von seiner natürlichen Aufnahmefähigkeit entfernt. Noch drückt die Wohnungszwangswirtschaft auf die den Baumarkt belebenden Industrien und Gewerbe.“

Es fehle die Kaufkraft des Mittelstandes — die erdroffelte Kaufkraft der Arbeitnehmerschaft scheint nicht mitzuwachsen — es fehle die Kapitalien für reine Vagerearbeit, der Kapitalmangel verbinde die Auffüllung der Läger des Groß- und Einzelhandels, der inländische deutsche Güterverkehr lebe von der Hand in den Mund. Demgegenüber verlagten die Kartelle und Konventionen, verlage die Selbstkostenberechnung des Unternehmens.

„So haben wir heute Preisgesetze und Preisooerausgehungen, die vielfach jeder wirtschaftlichen Vernunft bar zu sein scheinen und sich jedenfalls der Billigkeit des deutschen Unternehmers in weitestem Umfange entziehen. In der so gezogenen Preisgrenze leben wir nun die einzelnen Posten der Herstellungskosten gegen- und auseinandergespreht. Statt der drei oder vier einfach zu erfassenden Steuern der Vorkriegszeit finden wir die zehnfache Steuerlast und mehr auf dem Produkt ruhen.“

In einem Falle seien je Tonne verlanbfertige Erzeugnisse über 900 Proz. der Vorkriegssteuer ermittelt. Die Steigerung der Materialpreise schwante bei neun Posten zwischen 120 und 193 Proz., die Fracht zwischen 172 und 222 Proz., die Löhne um rund 130 Proz. gegen 100 Proz. im Frieden. Der Schuldendienst der Industrie in der Vorkriegszeit von schätzungsweise 250 Millionen Mark betrage heute allein aus dem Londoner Aktienmarkt 200 Millionen Goldmark. Dazu kämen mindestens 200 Millionen Goldmark als Schuldendienst für die Privatbankstandskredite der deutschen Industriebetriebe.

Ob mit oder ohne Berücksichtigung der ins Ausland verschobenen oder dort festgelegten Kapitalien läßt Dr. Meißinger unerwähnt. Er berechnet einen Gesamtschuldendienst von rund 600 Millionen Goldmark, fast das Dreifache der Friedenszeit. Hinzu komme, daß die wichtigsten Industrien mit Auslandsrohstoffen arbeiten müssen.

„So würde also selbst ein Hinausschieben der Löhne auf einen Betrag, der zur Erreichung der Friedenskaufkraft entsprechend dem heutigen Index um mindestens 20 Proz. über Friedensnominallohn liegt, in keiner Weise den früheren prozentualen Lohnanteil wiederbringen können.“

Ein gewalttames Hinaufrücken des Lohnes müsse zu weiteren Betriebsstilllegungen führen, da Preis-erhöhungen angesichts der Wettbewerbslage nicht in Frage kommen.“ Durch die Mehrbelastung unserer Produkte durch den Schulden- und Reparationsdienst für das Ausland, die sich dem Willen des Unternehmers entziehen, werde dem nach oben strebenden Lohnanteil ein Gegenruck entgegengesetzt.

Nach allem bleibe lediglich die Frage, ob nicht andere, ihren eigenen Anteil an den Herstellungskosten beanspruchende Posten einem vom Lohnanteil ausgehenden Druck nachgeben oder vielleicht sogar vollkommen ausfallen könnten.

Auf diese Frage allein sollte sich also die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften konzentrieren.“

Diese Posten, die einem geübigen Druck der Gewerkschaften nachgeben würden und damit den Unternehmern den Weg für eine Lohnerhöhung freimachen, seien so überflüssige Dinge wie Steuer, Frachten, Sozialversicherungskosten, Generalia usw.

Wir fordern die deutschen Gewerkschaften auf, in diesen Punkten mit uns gemeinschaftlich zu prüfen, inwieweit durch völlige Abkehr von der hier in den letzten fünf Jahren befolgten Innenpolitik eine Besserung der Verhältnisse erreicht werden kann.

Wenn das Finanzministerium die Befreiung der Umsatzsteuer als für das Reichsbudget untragbar erklärt, wenn die Gemeinden an ihren heutigen Gewerbesteuern glauben festhalten zu müssen, so bleibt nichts anderes übrig, als zu erwägen, inwieweit durch weitere Vereinfachung der kostspieligen öffentlichen Verwaltungseinrichtungen über die bisherigen Abbaumaßnahmen hinaus Ersparnisse erzielt werden können. Durch den Abbau überzähliger und unproduktiver

Unternehmerlohnpolitik.

Es werden nicht müde, den Gewerkschaften einreden zu wollen, wie sie ihre Lohnpolitik einzurichten haben, nämlich die Geschäftsführer der Arbeitgeberverbände. Dr. Dr. H. Meißinger hat sich in der „Berliner Börsen-Zeitung“ vom 21. Oktober wieder wie folgt darüber geäußert:

„Heute kommt es mir darauf an, erneut vor aller Öffentlichkeit darzutun, weshalb die deutsche Wirtschaft im gegenwärtigen Zeitpunkt trotz der in der Preisbewegung zu beobachtenden Unruhe ihre derzeitigen Löhne nicht nach den Lebenshaltungskosten richten kann, ja, daß eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften, die ihren Ausgangspunkt in den Lebenshaltungskosten und dem Indexlohn nimmt, für uns überhaupt heute schlicht und unmissverständlich ein Verbrechen ist.“

Das wird an anderer Stelle noch besonders betont:

„Die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften zielt an, den Lohnanteil auf Friedensstand zu bringen, indem der heutige Nominallohn um 20 Proz. nach oben

Kräfte könnte mit der Verminderung der Steuerlast eine Verminderung des Druckes ausgehen, der gerade von der das Zehnfache betragenden Steuerlast auf den Lohnanteil ausgeübt wird.

Wir fordern die Gewerkschaften auf, auch vor allem in der Frage der Arbeitszeit nicht mühsam beiseite unproduktive Posten wieder in die Kalkulation hineinzubringen, sondern ihrerseits alles dazu beizutragen, um der deutschen Wirtschaft den Arbeitsfrieden und diejenigen Arbeitsbedingungen, vor allem in der Arbeitszeitfrage zu geben, die sie in ihrer derzeitigen Verfassung einfach nicht entbehren kann.

Aus diesen Ausführungen ist zu ersehen, daß die Unternehmer verlangen, die Gewerkschaften sollen sich nicht im geringsten um ihre arbeitslosen Mitglieder kümmern. Daß man in den Kreisen der Großindustrie tatsächlich darauf hinarbeitet, versteht sich am Rande. Die Gewerkschaften werden tüchtig auf dem Posten sein müssen, um den Herrschaften das Konzept zu verderben. Es genügt, diese Ausführungen zur Kenntnis zu bringen und bedarf von unserer Seite keiner besonderen Versicherung, daß wir sie energisch ablehnen.

Gewerkschaften und Lohnfragen.

Wir fragen die Gewerkschaften, bei welcher Lohnhöhe mit dieser Lohnpolitik Halt gemacht werden soll.

Die Geschäftsstelle der Unternehmerverbände hat eine Broschüre veröffentlicht, in welcher obige Frage gestellt wird. In der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 35 hat der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Fritz Larnow darauf folgende Antwort gegeben:

Auf diese von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände feierlich gestellte Frage sollen wir offenbar antworten, ob wir einen Stundenlohn etwa von 1 Mt., 1,50 Mt. oder 2 Mt. oder welche Lohnziffer wir sonst als letztes Ziel unserer Lohnpolitik ansehen. Darauf wollen wir offen und ehrlich antworten, daß wir ein solches zahlenmäßig ausdrückbares, endgültiges Ziel für unsere Lohnforderungen tatsächlich überhaupt nicht kennen.

Das Ziel unserer gewerkschaftlichen Lohnpolitik lautet: „Den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit nach Abzug nur dessen, was zur Erhaltung, Verbesserung und Vermehrung der Produktionsmittel volkswirtschaftlich notwendig ist.“ Es ist klar, führt Fritz Larnow weiter aus, daß es nach diesen Grundrissen eine zahlenmäßige Begrenzung der Lohnhöhe nicht geben kann; denn es liegt im Wesen der ökonomischen Entwicklung, daß die Ertragsfähigkeit der Arbeit fortwährend steigt. Wir wissen allerdings, daß wir in der kapitalistischen Wirtschaft das Ziel unserer Lohnpolitik nicht erreichen können; denn diese Wirtschaft kann nur laufen, wenn aus Kapitalzins und Unternehmerprofit vom Arbeitsertrag mit abgezogen. Eben deswegen streben wir eine Wirtschaft an, in der die Arbeit von solchen Leuten befreit ist, solange aber unter Wirtschaftszweigen noch nicht erreicht ist, müssen wir unsere Bemühungen darauf verwenden, wenigstens den Anteil des Arbeitelohnes so hoch, den Anteil des Kapitals und die Profitrate

der Unternehmer so tief wie nur irgend möglich zu drücken. Wir können also ehrlichweise nicht bestreiten, daß wir, solange die kapitalistische Profitwirtschaft besteht, immer eine Erhöhung des Lohnanteils fordern; denn der Zeitpunkt, wo wir 100 Proz. des Möglichen erreicht haben werden, kann erst jenseits der kapitalistischen Wirtschaft liegen.

Wenn die Unternehmer ebenso ehrlich wie wir wären, müßten sie als das Ziel ihrer Lohnpolitik bezeichnen: einen möglichst großen Anteil aus den Arbeitserträgen für das Kapital und den Profit. denn die Triebkraft der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht Gewinn sondern, sondern möglichst hoher Gewinn. Es wäre gewiß übertrieben, von den Vertretern des Kapitals ebenso wie von denen der Arbeit behaupten zu wollen, daß auch sie letzten Endes nicht weniger als 100 Proz. des gesamten Arbeitsertrages für sich anstreben. Das ist aber keineswegs ein Beweis für ein größeres Maß von Bescheidenheit. Die Dinge liegen eben so, daß zwar eine Wirtschaft ohne Kapitalzins und Profit denkbar ist, nicht aber eine Wirtschaft ohne Arbeit.

Bei dieser Sachlage ist es klar, daß eine Verständigung über das Ziel der Lohnpolitik zwischen Arbeit und Kapital überhaupt nicht erfolgen kann.

Das höchste aber keineswegs das, daß zeitlich begrenzte Kompromisse geschlossen werden können, so daß die beiden Parteien sich nicht aneinander in eiserner Feindschaft einander gegenübersehen müssen. Sie müssen sogar notgedrungen zu Kompromissen kommen, weil es ihnen andernfalls so gehen würde wie den beiden Bauern, die sich um den Besitz einer Laube rauen, währenddem ihnen das Kaufobjekt voransteht, so daß sie schließlich beide nichts haben. Keine der Parteien hat etwas davon, wenn sie ihren Anteil im Verhältnis zu dem der anderen erhöht, wenn dadurch das Gesamtobjekt — also das Gesamtvermögen der Wirtschaft — gleichzeitig sich so vermindert, daß auch der vergrößerte Anteil weniger ist als vordem der geringere. Darum läuft letzten Endes die praktische Lohnpolitik darauf hinaus, jenes Kompromiß zu finden, das nach Abwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse der Billigkeit entspricht, wobei es am wichtigsten darauf ankommt, das Ergebnis zu erkennen, das gegebenenfalls auch in offenen Kampf erreicht werden würde. Die Kunst dieses Erkennens wird wohl niemals gleichzeitig auf beiden Seiten soweit entwickelt sein, daß in der Wirtschaft störende Kämpfe ganz vermeidlich würden. Aber zweifellos liegt es im Interesse beider Teile, diesem Ziel möglichst nahe zu kommen.

Angesichts der traurigen wirtschaftlichen Zustände, die uns gegenwärtig umgeben, wäre es sicher mehr denn je geboten, ohne Beeinträchtigung der Wirtschaft zu einer Verständigung zu kommen. Aber es ist der Wunsch eben dieser beiden wirtschaftlichen Parteien, daß sie das folgende Bekenntnis der Unternehmer für den Lohnanteil überstreifen haben, daß bei der Arbeit für das Erreichbare ganz verloren gegangen ist. Was die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände heute mit schlagenden Worten als „Verständigung“ anbietet, ist in Wahrheit Diktat, das sowohl in der Form wie in der Sache für die Arbeiter

schlechterdings unannehmbar ist. Lohnbruch und Arbeitszeitverlängerung sind jenen Leuten in erster Linie Mittel, nicht um die Wirtschaft zu heben, sondern um die Kaufkraft der Unternehmer zu stärken. Dazu die „verständnisvolle Mitarbeit der Gewerkschaften“ zu fordern, ist mehr als naiv.

Der objektive Maßstab für die Lohnmessung.

Wollte man wirklich ehrlich eine Verständigung in der Lohnpolitik, führt Fritz Larnow aus, die den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt, so müßte man in Bezug auf die zurzeit mögliche Lohnhöhe nach einem objektiven Maßstab suchen. Die Unternehmer erklären, daß der Lohn heute schon zu hoch wäre; die Arbeiter halten ihn im Gegenteil für zu niedrig und einen höheren Lohn für berechtigt und traubar. Mit welchem objektiven Maßstab kann hier gemessen werden, welche Anschauung die richtige ist? Die Arbeitgeber verladen in ihrer Broschüre mit einem großen Aufwand von Zahlen nachzuweisen, daß die Lohnhöhe heute nominell den Friedensstand überschritten, der Kaufkraft nach ungefähr erreicht hätte.

Die Lohnpolitik steht aber auf so wackligen Füßen, daß schon die Richtigkeit der einzelnen Zahlen und Berechnungen durchaus umstritten ist. Nach viel weniger lassen sich aus Einzelerechnungen verallgemeinernde Schlussfolgerungen für die gesamte Wirtschaft ziehen, und erst recht sind daraus Rückschlüsse auf die allgemeine reale Höhe des Arbeitelohnes in Deutschland nicht möglich. Dagegen gibt es eine andere Methode der Lohnermittlung und der Lohnvergleichung, die sich für eine objektive Nachprüfung sehr viel besser eignet, nämlich die Ermittlung des Lohnanteils im Warenpreise. Im Verhältnis des Lohnanteils zum Warenpreise drückt sich die Kaufkraft des Lohnes aus, die bestimmend ist für die Höhe der Lebenshaltung der Arbeiter. Der Gesamtpreis der Waren in der Volkswirtschaft entsteht durch die Addition verschiedener Faktoren: Rohstoffkosten, Arbeitslöhne, Kapitalzins, Unternehmergewinn, Handelskosten, Steuern u. a.

Je höher der Lohnanteil im Preise ist, je geringer die anderen Faktoren bei der Preisbildung sind, um so höher ist nicht nur der reale Lohn der Arbeiter, sondern um so gesünder ist auch die Wirtschaft; denn je höher der Lohnanteil, um so größer die allgemeine Kaufkraft, um so günstiger die Beschäftigungsmöglichkeit. Die Differenz zwischen Lohnanteil und Warenpreis ist in der Volkswirtschaft auf das aerinstmögliche Maß zu verringern, ist die wichtigste Aufgabe sowohl der Wirtschaftspolitik wie der Sozialpolitik. Erst Untersuchungen des Lohnanteils ergeben ein objektives Bild über die tatsächliche Lage der Arbeiter, und dabei ersehen sich auch wirklich breitere Ver- gleichsmöglichkeiten mit der Kriegszeit.

Anteile der Löhne am Preise des Produktes.

In Nr. 3, Jahrgang 1924, der von der „Frankfurter Zeitung“ regelmäßig herausgegebenen „Wirtschaftsberichte“ ist unter obigem Titel eine Uebersicht über den Lohnanteil am Produktionspreis der Arbeiter der Textilbranche erschienen. Es heißt dort u. a.:

„Ein Uebersicht über die nachstehenden, von Herrn Georg Landauer, Augsburg, zur Verfügung gestellten Ergebnisse der Untersuchung in Spinnerei

Sachwissen und Raumkunst.

(Kontinuum von Seiten.)

Die Renaissance in Italien und Deutschland.

Mit dem 16. Jahrhundert beginnt in der Kunstgeschichte jene noch viele Stile oder Epochen umfassende Epoche, die man „Die Neuzeit“ heißt im Gegensatz zur „Antike“, der Periode des Altertums und des „Mittelalters“. In diesem Sinne von neuzeitlichem Kunstgewerbe gesprochen, ist also durchaus nicht gleichbedeutend etwa mit dem Kunstgewerbe unseres Jahrhunderts oder der neuesten Zeit, obgleich „die Neuzeit“ in kunstgeschichtlicher Auffassung selbstverständlich auch die neueste Zeit bis auf den heutigen Tag in sich faßt. Und zwar beginnt die Zeitrechnung der kunstgeschichtlichen Neuzeit mit dem Anbrechen jener Stilperiode, die wir „Die Renaissance“ nennen, und die Dürer, unser großer deutscher Meister, recht begründet die antike Art, d. h. die auf altertümliche Kunstauffassung und Motive zurückgehende Art nennt. Renaissance heißt nämlich „Wiedergeburt“, „Wiederaufleben“, und der Renaissancestil ist derjenige Stil, der die Kunstformen der alten Welt durch vorzugsweise Benutzung und unter Umbildung wieder zur Anwendung kommen läßt. Und zwar ist Italien das Geburtsland der Renaissance, von wo solche einerseits nach Deutschland, andererseits nach Frankreich ihren Uebergang fand und ihre stilistische Sonderbehandlung erfuhr. Wir haben somit drei wichtige Stilearten der Renaissance auseinanderzuhalten: Die italienische Renaissance, dann die deutsche Renaissance und die französische Renaissance, die, zumal im Verlauf ihrer Entwicklung und in ihrer Ausgestaltung, sich sehr wesentlich voneinander unterscheiden. Italiens Künstler hatten die Anregungen zu dem neuen Stil durch die Reste gewaltiger antiker Baudenkmäler und die durch Ausgrabungen angelegenen antiken Marmor-

statuen usw. empfangen, und die ausgegrabenen Bäderanlagen usw. vermittelten durch ihre Wandmalereien auch die Kenntnis der ornamentalen Kunst und der dekorativen Verzierung der Wand durch Mosaik. Freilich stand die figürliche Skulptur und Wandmalerei und auch die Gesamtgruppe jener Künste oder angewandten Kunst, die wir unter dem Sammelnamen „Kunstindustrie“ verstehen, zu jener Zeit, und zwar schon im 15. Jahrhundert, in Italien in solcher Blüte, daß damit die Mal- und Dekorationsweise der Alten schon überboten war, aber hinsichtlich der Baukunst und der Bildnerlei, der Plastik und des Ornamentes bot sich noch reichlich Anregendes und Vorbildliches für eine sich im übrigen selbstständig entfaltende Formenfrage, die nur Anlehnungs- und Berührungspunkte suchte und die konstruktiv-architektonischen Grundlagen und Formgebilde in Pietät gegen die Antike wieder zur Sprache kommen lassen wollte. Deutschland empfing diese neue Gestaltungsrichtung der Italiener infolge des Verkehrs in großartige Formen geratenen Handelsverkehrs, insbesondere der reichen Augsburger Kaufherren sowie eines schon aufblühenden wissenschaftlichen Verkehrs mit der italienischen Geisteswelt und ihrer Literatur und Kunst. Die reichen und mannigfachen Kunstschätze, welche die Großkaufleute weniger zum Wiederverkauf als zum Schmuck des eigenen Heims aus dem Ausland einführten, gaben deutschen Künstlern, wie haben in Augsburg und später in Basel, Düren in Nürnberg und ihren künstlerischen Zeitgenossen Anstoß und Gelegenheit zum Studium der neuen italienischen Richtung und zu deren Verwertung in eigenartiger Auffassung und Formenausbildung, womit der Grund zu einer neuen aparten (andersartigen) Stilrichtung, nämlich der deutschen Renaissance, gelegt war, nachdem zweieinhalb Jahrhunderte lang die Gotik, der gotische Stil, die deutsche Kunstindustrie beherrscht hatte. Und

es ist das beste Zeugnis für die künstlerische Kraft und Schaffenskraft der deutschen Kunstlerwelt jener Zeit, daß es nur zweier Jahrzehnte bedurfte, bis der in Italien bereits in höchster Blüte stehende Renaissancestil sich auch in Deutschland durchsetzte und die gotische Richtung bis auf Spuren der Wiederverwendung in neuen deutschen Stil verdrängte. Der erste Viertel des 16. Jahrhunderts war die Zeitspanne dieses Umschwunges. Weil aber allerspätestens Vorbilder oder Originale für die einzelnen Gewerbe, wie Tapetelei, Keramik, Edelmetallgewerbe, Glas, Eisen usw. verarbeitet damals noch nicht aufgefunden waren, profitierte die Handwerkskunst unbedeutend auf dem Umwege über die antiquarische Bauweise und Bildnerlei und Ornamentik für sich nicht aus der Anschauung vorbildlicher griechisch-römischer Geräte selbst. Die Gewerbetätiger Italiens wie Deutschlands bildeten also ihre Formensprache selbständig und auf eigenem Wege aus, der also durchaus kein einheitlicher war. Den Deutschen fehlte die Anschauung der antiken Baudenkmäler und Bildhauerwerke; sie erhielten die Kenntnis von der Formenswelt und -sprache der Antike nur mittelbar aus den Erscheinungen der italienischen Kunstfinderie, insbesondere den Goldschmiedearbeiten, Silber- und Schmudgegenständen, den Majoliken und Wappensteinen mit Einlegearbeiten und den betonen konstruktiv-architektonischen Elementen, wie Säulen, Sockeln, Gesimse usw. Gemeinam ist der Deutschen und der italienischen Renaissance die Reuegeburt von Formen, die starke Betonung und Ausbildung des plastischen Elementes, die reichere Anwendung figürlicher Schmudgesammi sowohl in Einzelteilen und selbständigem Auftreten wie auch innerhalb des Ornamentes, und endlich die gleichen geistigen Maßstäbe mit selbständigen Bestrebungen zu Ornamentes.

und Weberel zeigt, daß für drei Warenarten der Anteil der Böhmie am Verkaufspreis, verglichen mit der Vorkriegszeit, sehr stark zurückgegangen ist, sich aber im Jahre 1924 dauernd langsam erhöht hat. Der Anteil beträgt im Juli 1924 immer noch nur knapp die Hälfte des Vorkriegsanteils. Dabei stehen die Löhne und die Gehälter pro Meter absolut genommen etwas über den Vorkriegszeitlohnungen, so daß der starke Rückgang des Lohnanteils auf die bedeutend stärkere Steigerung des Verkaufspreises auf das rund 2½fache der Vorkriegszeit zurückzuführen ist. In dieser Richtung müssen also die Gründe der Verteuerung der Produkte gesucht werden, wofür die Erhöhung des Baumwollpreises auf das rund 2½fache in der Hauptsache gewirkt hat.

Hieraus geht überdeutlich hervor, daß das Gehalt der Unternehmer, wonach die Steigerung der Böhmie ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung ist, vollkommen sinnlos ist. Allerdings weist diese Untersuchung auf eine bedeutungsvolle Tatsache hin: die starke Steigerung der Baumwollpreise, die bekanntlich zu einem großen Teil der systematischen Verteuerung der Baumwollfabrikation seit dem Jahre 1920 zuzuschreiben war, die aber jetzt nach einer guten Ernte den Höhepunkt erreicht haben dürfte.

Was hier für die Textilindustrie festgestellt worden ist, gilt jedenfalls auch für eine Reihe anderer Industriezweige. Die Bezahlung der Arbeit kommt sehr häufig noch nicht an jene der Friedenszeit heran. Mit vollem Recht schreibt Fritz Tarnow den Unternehmern, die es nicht anders denken, als einen Druck auf die Löhne auszuüben, folgendes ins Stammbuch:

Wir behaupten — und fordern die Unternehmer auf, das Gegenteil zu beweisen —, daß in der deutschen Volkswirtschaft der Lohnanteil im Warenpreis prozentual viel geringer ist als vor dem Kriege und im Auslande. Die Ernährungskosten haben aufgehört, durch ihre relative Billigkeit einen Ausgleich für die Preissteigerung der industriellen Produkte zu bilden. Sie sind vielmehr jetzt ebenfalls mehr astlos als der Lohn. Allein die Erhöhung des Mietpreises liegt noch unter derjenigen des Lohnes. Die Differenz ist aber nicht mehr so groß, um einen Ausgleich herbeizuführen. Ist die Differenz zwischen Lohnanteil und Warenpreis in der Wirtschaft größer geworden, so ist das ein untrüglicher Beweis für den gestunkenen Reallohn, der durch keinerlei sozialpolitische Kunststücke übersteigt werden kann. Wenn wir aber erkennen, daß das Sinken des Reallohnes gleichbedeutend ist mit dem Sinken des Lohnanteils in den Warenpreisen, dann haben wir die Stelle gefunden, wo die Lohnforderung der Arbeiter und die Preissteigerung der Unternehmer zusammenstoßen. Damit bekommen wir auch die Möglichkeit, von den allgemeinen Betrachtungen über die Wirtschaftslage überzugehen zu der konkreteren Frage des Lohnanteils im einzelnen Produkt.

In der vergrößerten Differenz zwischen Lohnanteil und Warenpreis findet man alle Krankheitsursachen unserer Wirtschaft beisammen. Hier ist der Boden, auf dem die personelle Überbelegung beim industriellen Unternehmertum wie im Handel gedeihen kann, wo überflüssige Profitgewinne ermöglicht werden, wo rückständige Formen der wirtschaftlichen Organisation und der technischen Einrichtung sich lebensfähig erhalten können und das arbeitslose Einkommen in jeder Gestalt spärlich wuchern kann. Mit solchen Krankheiten im Leibe kann eine Volkswirtschaft auf die Dauer nicht leben. Sie zu entfernen, gibt es aber kein anderes Mittel, als zwischen Warenpreis und Lohnanteil wieder ein vernünftiges Verhältnis herzustellen. Soweit Tarnow.

Es liegt im Wesen der Unternehmer, die Dinge so darzustellen, wie es ihr Interesse erfordert und wie es die Beeinflussung und Bewachung der Unternehmernergewinnung notwendig zu machen scheint. Die Arbeiterschaft wiederum hat sich gegen diese Methoden, die Dinge so darzustellen, zur Wehr zu setzen, sonst unterstellt man uns, wir anerkennen, daß dem wirklich so sei, wie die Unternehmer sagen. Es ist der Spiel von Bogit, wenn man den Gewerkschaften zuzusetzt, dieser Unternehmertum zuzuhimmen. Da ist der Unternehmer Henry Ford vernünftiger eingestuft, obwohl er seine Arbeiter hart genug heranzimmelt. Sein Grundsatz ist, heraus mit den Profiten und hinauf mit den Löhnen, und dennoch ist er sehr Kontarrens. Die deutschen Unternehmer sind angeblich Gegner des Profitenkomplexes, in Wahrheit lind und bleiben sie die wahren Urheber des Profiten.

Lehrlingsjucherei.

Kürzlich wurde an dieser Stelle (siehe Nr. 20) erst auf die Lehrlingsjucherei in der Autobranche in Berlin hingewiesen. Daß die Lehrlingsjucherei aber auch in anderen Branchen und Vertriebs neuerdings einen gewaltigen Umfang erreicht haben muß, geht schon daraus hervor, daß der preussische Handelsminister auch von anderer Seite (aus den Metallgewerben) Beschwerden erhalten hat. Er hat es aber abgelehnt, einschränkende Bestimmungen zu erlassen, mit Rücksicht auf die augenblickliche Wirtschaftslage. Das soll wohl bedeuten, man will gewissen Unter-

nehmern die billigen Arbeitskräfte belassen. Der Minister beschränkt sich darauf, die Handwerkskammern aufzufordern, etwa vorhandenen Mißständen sorgfältige und dauernde Aufmerksamkeit zuzuwenden, und ihrerseits Vorarbeiten über die Höchstzahl der in den einzelnen Betrieben der Handwerke zu haltenden Lehrlinge gemäß § 130 der Gewerbeordnung zu erlassen. Für die Berufe sollen die Handwerkskammern besonders Sachauschüsse einsetzen, die aus Vertretern der Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestehen. Deren besondere Aufgabe soll es sein, das

Warum seid Ihr nicht im Verband?

Neben den uns fernstehenden Kollegen, die man immer wieder nur sanjos gegen die Gewerkschaften schimpfen hört, trifft man hin und wieder auf Kollegen, die etwas erfrater ihr „Unorganisiertsein“ zu rechtfertigen versuchen. So ist oft die Meinung zu hören:

Die Gewerkschaften seien heute nur auf den Kampf um höhere Löhne eingestellt. Dem höheren Lohn aber folge auf dem Fuße der höhere Preis. So sei der Lohnkampf eine Schraube ohne Ende. Die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten sei nur durch Erämpfung der Macht im Staate zu erreichen. Um die Diktatur des Proletariats müsse gekämpft werden. Dann erfüllen sich alle proletarischen Wünsche. — Eine sehr leichtfertige, falsche Argumentation. Zunächst beweist die Vorkriegsentwicklung, daß der freigewerkschaftliche Kampf um höheren Lohn und sozialere Arbeitsbedingungen die Lage der Arbeiter doch wesentlich verbessern kann. Ruhe-lohn, Urlaub, Feiertagsbezahlung und wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit sind unvergängliche Erfolge freigewerkschaftlicher Kämpfe. — Die Inflationszeit ist kein brauchbares Vergleichsmaß.

Uebrigens wird der Kampf um die Macht auch von den Gewerkschaften geführt. Jeder Tarifkampf ist eine Machtsprobe. Die Gewerkschaften haben sich zu proletarischen Machtfaktoren entwickelt, mit denen auch der verbohriete Unternehmer rechnen muß. Nicht ver-gessen werden darf, daß steigende Mitgliederzahl und steigendes Vermögen diese Macht erhöht, wie andererseits schwindender Mitgliederstand den Einfluß der Gewerkschaften schwächt. Wer also sofort positiven Einfluß auf die Machtverhältnisse in Staat und Wirtschaft gewinnen will, der schließe sich einer freien Gewerkschaft an.

Anderer Kollegen meinen, die Angestellten der Gewerkschaften hätten keinen guten Willen. Sie seien kampfesüchtig und selbstzufrieden geworden. Ihnen liege am Kampf für die Kollegen nichts mehr. — Eine faule Entschuldigung, wenn man damit sein Fernstehen von der freien Gewerkschaft begründen will. Schon aus Gründen der Selbsterhaltung kann ja der Gewerkschaftsangehörte nichts Besseres tun, als mit allen Mitteln die Lage seiner Kollegen zu verbessern. Dem Gewerkschaftsbeamten geht es doch selbst am besten, wenn die Kollegen be-friedigt werden. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Arbeitsverhältnisse der Kollegen, die denkbar besten wären, wenn dies nur vom guten Willen und Können der Angestellten abhinge. Der Angestellte einer Gewerkschaft ist immer nur Vollstrecker des Willens seiner Auftraggeber. Der Erfolg seiner Arbeit hängt von den Kräfte-verhältnissen in der Gesellschaft ab.

Alles in allem, es können keine stichhaltigen Argumente vorgebracht werden, welche das Ab-schließen entschuldigen könnten. Es gibt keine besseren Wege, um die Arbeiter dem Elend zu entreißen, als die von uns beschrittenen. Des-halb schließt auch dem Verband der Sattler-, Tapezierer und Portefeulier an.

Lehrlingswesen dauernd zu beobachten. Auch für eine angemessene Vergütung der Lehrlinge sollen sich die Handwerkskammern einsetzen. Bekanntlich ist in dieser Hinsicht recht viel zu tun, denn die Entlohnung der Lehrlinge ist zum Teil unter aller Kritik. Die unteren Verwaltungsbeförden wären angewiesen worden gegen unzuverlässige Lehrmeister einzuschreiten; namentlich wenn sie die von den Handwerkskammern erlassenen Vorschriften unbeachtet lassen.

Die Sachverständigen- und Lehrlingskommissionen müssen sich dies merken und im gegebenen Falle energisch die Abschaffung der Mißstände verlangen

resp. beantragen. Falls in größeren Betrieben solche Mißstände bestehen, für welche die von den Handwerkskammern erlassenen Vorschriften nicht in Betracht kommen, so werde man sich an die Gewerbeaufsichtsbeamten, damit diese auf Grund der Gewerbeordnung einschreiten. § 126 a der Gewerbeordnung regelt die Bestimmungen, unter welchen Lehr-lingsjuchern die Bestimmung, Lehrlinge zu halten, entzogen werden kann. Ebenso bietet § 128 Hand-haben zur Einschränkung übermäßiger Lehr-lingsjucherei. Unsere Funktionäre sollen sich einmal bemühen, nachzuprüfen, ob denn in ihren Wirkungskreisen keine Mängel zu beobachten sind. Unser Augenmerk muß sich wieder mehr auf diese konkreten Dinge richten, sonst wachsen die Mißstände ins unangeheuerliche. So mancher hat seine Wüste darauf konzentriert, daß in Bände der republikanische Idealstaat errichtet sein werde, daß es mithin Zeit- und Kraftverschwen-dung sei, sich mit solcher mißgünstigen Kleinarbeit erst nach langer Zeit zu belasten. Ihnen muß gesagt werden, daß es endlich Zeit ist, dem Elend zu machen. Wir können nicht alles verwildern lassen, bis nichts mehr gerettet werden kann.

Es gilt also festzustellen, ob in allen am Orte vor-handenen Betrieben die Lehrlinge so ausgebildet werden, wie es notwendig ist. Wo Zweifel bestehen, muß die Sachlage genau untersucht und das Bewei-smaterial festgesetzt werden, auf Grund dessen der Weg beschritten werden kann, um den Mißstand zu beheben. Es braucht wohl hier nicht im einzelnen ausgeführt zu werden, worauf es dabei ankommt. Auf jeden Fall muß Tatsachematerial vorhanden sein, wenn eine Behörde Erfolg haben soll. Dem jede Behörde muß nachprüfen, ob die angegebenen Verhältnisse den Tatsachen wirklich entsprechen.

Man muß auch dabei berücksichtigen, daß die Be-hörden sich mit dem am Ort vorhandenen Meister-organisationen in Verbindung setzen werden und daß der Einfluß dieser Kreise auf die Behörden unter Um-ständen sehr groß sein kann. Es liegt sehr nahe, daß von dieser Seite alles verdrängt wird. Mißstände in mißbarem Maße erscheinen zu lassen schon aus Rücksicht auf Kollegialität und Bekanntheit. Die überall gilt auch hier der Satz: Niemand verläßt dich nicht darauf, daß die Handwerkskammern nun-mehr auf Grund der Anregung des Handelsministers sofort an die Reform im Lehrlingswesen herangehen.

In seinem Erlass nimmt der Minister Bezug auf die große Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen und meint, schon aus diesem Grunde müßte er es un-terlassen, Vorarbeiten gegen die übermäßige Lehr-lingsjucherei zu erlassen. Im Ministerium scheint nicht recht bekannt zu sein, daß ein großer Prozent der Aus-gelernter nach der Wehrzeit überhaupt kein Unter-kommen im Beruf finden kann, den er 3 bis 4 Jahre erlernt oder auch nicht erlernt hat. Die Zahl dieser sogenannten aelernten Arbeiter, die dann auf Klaffen geworfen werden, ist riesengroß und die Obdachlosen-frage in den Großstädten dürfte darüber Auskunft erteilen können. Ein anderer, nicht minder großer Prozentatz gibt sich nicht erst lange Ruhe, vergeblich im Beruf nach Arbeit zu suchen, er geht sofort in die Fabrik oder zu anderen Handbeschäftigungen über, die sich gerade finden. So geht der Volkswirtschaft und der Volkskraft immerzu eine Menge von Arbeits-werten verloren, die bei ordnungsmäßiger Verteilung nutzbringender im Produktionsprozeß Verwendung finden können.

Die Beihilfenvermittlung ist zwar in vielen Städten in mannigfaltiger Weise organisiert, aber wie man sieht, nicht so, wie es sein müßte. Schließlich sind doch die öffentlichen Beihilfenvermittlungsin-stanzen am besten geeignet eine gute Kontrolle einzurichten über die Zustände im Lehrlingswesen. Von hier aus soll doch auch eine gesunde Reform ihren Ausgang nehmen. Bis jetzt ist davon nicht allzuviel bemerkbar geworden.

Arbeitgeberzeitung und Reichs-indexziffer.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ beschäftigt sich in ihrer Nummer 42 vom 19. Oktober mit der Frage der Lebensmittelerzeugung. Herr von Reisswitz gibt zu, daß von Anfang September bis Mitte Oktober die Preise nach dem Großhandelsindex um rund 10 Proz. und der Retailindex um 15 Proz. gestiegen sei. Dieses Steigen der Preise habe zu Lohnforderungen geführt, die den Unternehmern höchst un bequem sind mit ihren zeitraubenden Verhandlungen. Auch hätten die Lohn-forderungen den allenfalls berechtigten Beitrag weit überschritten. Für letztere Behauptung wird selbst-verständlich nicht der Schatten eines Beweises er-bracht. Auch denkt dieser Herr von Reisswitz nicht ent-fertigt daran, daß die neuen Lohnforderungen immer erst erhoben und begründet werden, wenn die Leu-erung längst Tatsache geworden und das Haushalt-budget der Arbeiter und Angestellten belastet haben.

Nun sind ja die Indexziffern des Reichsstatistischen Amtes hinsichtlich ihrer Richtigkeit sehr mit Recht und

wiederholt angefochten worden. Die Reichsindexziffern geben die tatsächlichen Kosten der Lebenshaltung nicht richtig wieder. Diese betragen gegen früher tatsächlich 30-40 Proz., während der Reichsindex nur 15 Proz. enthält. Am schlimmsten stehen ja die Preise für Wäsche, Kleidung, Schuhwerk usw. mit den Treibpreisen im Konflikt. Während der Reichsindex nur 42 Proz. feststellt, stehen diese Artikel doch tatsächlich um 50 bis 100 Proz. höher im Preise. Mit Heizung und Licht ist es ebenso, die Reichsindexziffer ist hier ebenfalls unzutreffend. Natürlich berufen sich die Unternehmer bei Lohnverhandlungen auf diese unzulänglichen Reichsindexziffern, trotzdem ihnen die Tagespreise sehr wohl bekannt sind und sie daher wissen, daß der Index zu niedrig ist. Weil nun ein anderes einwandfreies Material als Unterlage bei Lohnverhandlungen überhaupt nicht beschafft werden kann, kommen die Arbeitgebervertreter ohnehin nicht zu ihrem Recht. Ganz abgesehen davon, daß, wie schon bemerkt, die Preissteigerungen schon längst erfolgt sind, wenn endlich eine kleine Lohnerhöhung herausgeschlagen wird.

So stehen die Dinge in Wirklichkeit. Es ist daher an der Zeit, daß die wirklichen Teuerungsverhältnisse in den statistischen Arbeiten und Veröffentlichungen des Reichsamtes besser berücksichtigt werden. Während die Gewerkschaften verlangen müssen, daß das System der Feststellung der Teuerungszahlen durch das Reichsstatistische Amt einer verbesserten Remedur unterzogen wird, verlangt Herr von Reischwig nichts weniger als den Abbau desselben.

Wie schon bemerkt, ist der allwöchentlich veröffentlichte Index den Arbeitgeberkreisen trotz seiner Unzulänglichkeit höchst un bequem, deshalb schreibt Herr v. Reischwig:

„Somit sollte unbedingt versucht werden, auf die zuständige Zentralbehörde dahin einzuwirken, daß mit dem tatsächlich längst überflüssig gewordenen System der wöchentlichen Indexveröffentlichung aufgeräumt und dazu übergangen wird, die Indexzahlen wiederum wie früher höchstens allmonatlich herauszubringen.“

Jeder Kundige in Fragen der Lohnpolitik und Preisbewegung kann wissen, daß in einem Zeitraum von 4 bis 5 Wochen auf den Märkten ganz wesentliche Verschiebungen stattfinden. Bei wöchentlicher Berichterstattung ist dies noch einigermaßen zu kontrollieren, nicht aber bei monatlicher, wo die Auswirkung der Preisveränderung bereits verwischt sein würde. Wir haben genug Beispiele dafür, mit welchem Geschick die Großhändler es verstehen, Preismonitoren herbeizuführen; wenn es ihnen gefällt. Und in einem Zeitraum von 4 bis 5 Wochen spielt sich manches ab, was später nicht mehr festgestellt werden kann. Es ist ohnehin schwer genug hineinzusehen in das Treiben der preisbildenden Kreise, die den Wirtschaftsmarkt beherrschen.

Übrigens muß v. Reischwig selbst feststellen, daß bezüglich der Preisfestsetzung Mißbräuche bestehen, gegen welche Front zu machen auch das Unternehmertum alle Ursache hat. Der Weg vom Erzeuger bis zum Verbraucher einer Ware sei viel zu lang. Aus der Ueberlast über die Preisgestaltung für die einzelnen Artikel der Lebenshaltung sei zu ersehen, daß z. B. beim Schweinefleisch die Spanne von 71 Proz. beim Rindfleisch von 130 Proz., zwischen dem Lebend- und dem Schlachtgewicht viel zu hoch sei. Vor dem Kriege betrug diese Spanne nur 18 und 68 Prozent.

Durch diese Wirtschaft wird das Fleisch ganz erheblich verteuert, weil eine ganze Anzahl saurer Parasiten daran verdient. Herr v. Reischwig sollte sich doch auch einmal in den übrigen Zweigen der Industrie und des Handels umsehen. Er wird dann finden, daß sich überall ein schwarzer Ring der Kettenhandel eingespielt hat, der alle Waren verteuert.

Gegen dieses ganze System gilt es, Sturm zu laufen und nicht nur an einzelnen Symptomen Kritik zu üben: Und mit einem Appell an die Einsicht dieser Kreise, selbst mit dazu beizutragen, daß die Mißstände beseitigt werden, ist ebenso wenig zu rechnen. Jeder sieht wo er bleibt, ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit; das ist der Lebensgrundfah der meisten Menschen, die Handel treiben. Aber auch die übrigen Unternehmerkreise wissen, wie sie Geld erwerben können, auf Kosten ihrer Mitmenschen. Wenn sich jeder auf einen gerechten Erwerb einstellen würde, mit möglichem Gewinn zufrieden wäre, könnte vieles besser werden. Allein wo finden wir solche Menschen? Wir müssen verlangen, daß nach wie vor wöchentlich Indexzahlen festgesetzt und veröffentlicht werden und daß das Reichsstatistische Amt bemüht ist, richtige Indexzahlen aufzustellen.

Abschluß eines Lederwarentarifes mit dem Bund der Lederwarenfabrikanten (Sitz Berlin).

Nach mehrmaligen Verhandlungen kam es zum Abschluß eines Vertrages mit dem Berliner Bund. Der Geltungsbereich ist noch nicht genau abgesteckt und gilt der Vertrag vorläufig für Berlin, München,

Provinz Sachsen mit Ausnahme des Regierungsbezirks Erfurt, Provinz Pommern und Preußen Luhe. Im Laufe dieser Woche kommt der Vertrag zum Versand. Ueber den Inhalt des Tarifvertrages werden wir uns später äußern. Die Verhandlungen mit den Unterverbänden des Bundes sind zum Teil noch nicht aufgenommen, zum anderen haben sie zu einem greifbaren Resultat nicht geführt.

Reichstaxiverhandlung in der Treibriemenindustrie.

Am Freitag, den 24. Oktober, wurde über den Manteltarif in der Treibriemenindustrie in Berlin verhandelt. Der neue Arbeitgeberverband in der Treibriemenindustrie war vertreten durch die Vorstandsmitglieder, die Herren Kahen, Schwabe, Eise, Baumgart sowie den Syndikus Herrn Dr. Mertens. Die Vertretung untererseits setzte sich aus Vertretern sämtlicher Gauen zusammen sowie Hamburg und Berlin, die noch einen Kollegen extra delegierten. Die Verhandlung selbst gestaltete sich sehr schwierig. Das war vorauszu sehen. Denn die Herren Arbeitgeber hatten bekanntlich, nachdem sie den Reichstaxi gefällig hatten, in der neuen Tarifvorlage nennenswerte Abschreibungen von dem, was seither tariflich vereinbart war, gemacht.

Nicht weniger als die 60tündige Arbeitszeit wurde in dieser Vorlage verlangt. Außerdem Streichung der Berufsferien und an Stelle dessen Betriebsferien. Die Betriebsferien waren in der Vorlage der Lage so gering ausgestellt, daß eine Verständigung hierüber unmöglich war. Außerdem war ein Teil der sozialen Bestimmungen, die seitdem im Tarif verankert waren, gestrichen. Die neue Vorlage, so wie sie die Herren Arbeitgeber einreichten, lohnte sich nicht zum Abschluß eines neuen Reichstaxitarifvertrages. So war es natürlich, daß die Verhandlung in äußerst schwieriger Situation geführt werden mußte.

Die drei Punkte, Arbeitszeit, Berufsferien sowie die Festhaltung der Löhne, ob diese bezüglich oder örtlich festgelegt werden sollten oder gar, wie die Unternehmer es wünschten, betrieblich, standen im Vordergrund.

Wir beantragen, daß die Lohnfestsetzung künftighin bezüglich erfolgen solle. Die Unternehmer gingen darauf nicht ein. Nach längerer Aussprache kam man überein, daß der jetzige Zustand dort, wo betrieblich oder örtlich verhandelt wird, bestehen bleiben solle, jedoch, wo man sich gegenseitig einigt, soll eine bezirkliche Regelung Platz greifen.

Hinsichtlich der Arbeitszeit machten die Unternehmer, nachdem sie von der 60tündigen Arbeitszeit ablassen, den Vorschlag, daß künftighin die 9. und 10. Stunde, wenn der Betriebsinhaber dies fordert, gearbeitet werden solle, mit einem Aufschlag von 15 Proz.

Wir haben uns, was natürlich war, ganz energisch dagegen gewehrt. Nach längerer Verhandlung im Plenum, die ein Resultat nicht zeitigte, wurde eine Kommission gebildet. In dieser wurde nach sehr langer Verhandlung festgelegt, daß die Arbeitszeit grundsätzlich 8 Stunden täglich bzw. 48 Stunden wöchentlich betragen solle.

Hinsichtlich der Ueberstunden wurde festgelegt, daß bei wirtschaftlicher Notwendigkeit diese gemacht werden sollen, und zwar je eine Stunde pro Tag, aber nicht mehr wie 5 Stunden in der Woche. Diese werden mit 15 Proz. vergütet. Alle weiteren Ueberstunden werden mit 25 Proz., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. vergütet. Außerdem wurde tariflich festgelegt, wenn die Arbeitnehmer glauben, daß mit der Anordnung der Ueberstunden durch den Arbeitgeber Mißbrauch getrieben wird, so steht ihnen das Recht zu, die tarifliche Schlichtungsinstanz anzurufen. Auch wurden in dieser Kommission fast sämtliche von den Unternehmern gestrichenen sozialen Bedingungen des früheren Tarifes durch Verhandlung wieder in dem neuen Tarifvertrage verankert. Nur erfordern einzelne Punkte eine Abänderung, die jedoch in dem neuen Tarifvertrage vorgelesen ist und hier keiner weiteren Ergänzung bedarf.

Das Schwerwiegendste war, nachdem die genannten Punkte erledigt, die Frage, ob Berufs- oder Betriebsferien. Es schien, daß daran die ganze Verhandlung scheitern sollte. In später Abendstunde, nachdem die Unternehmer an den Betriebsferien festhielten, wurde untererseits noch einmal grundsätzlich betont, daß die Berufsferien von alten Tarif übernommen werden müssen. Zuletzt griff der unparteiische Vorsitzende ein und verles eine Regelung. Die Regelung ist die, daß die bisherigen Berufsferien bleiben, jedoch anstatt wie bisher im letzten Monat 8 noch achtstündiger Berufstätigkeit 9 Tage sechsstündiger Tätigkeit 7 Arbeitstage.

Die Verhandlungskommission stimmte, nachdem das Gesamtresultat vorlag, dem Vertrage zu.

Wir bitten dringend, daß alle Kollegen der Treibriemenindustrie sich mit dem Inhalt des neuen Vertrages betanunigen und danach handeln. Der Tarifvertrag selbst geht in den nächsten Tagen den interessierten Ortsverwaltungen zu. F. G.

Rundschau.

Die deutsch-demokratischen Unternehmer veröffentlichen einen Wahlauftrag, in welchem dazu aufgefordert wird, eine Volksgemeinschaft und Arbeitergemeinschaft zu bilden als geistige Grundlage für die Gesundheitsarbeit in Staat und Wirtschaft. Es heißt da: „Nicht durch Klassenkampf von oben oder unten, nicht durch das Aufrichten parteilicher Schranken zwischen den einzelnen sozialen Schichten, nicht durch den Versuch der politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung eines Teiles des erwerbstätigen Volkes, sondern nur durch das Zusammenwirken aller nationalen Kräfte kann unser Vaterland als Einheit erhalten und zur vollen staatlichen und wirtschaftlichen Freiheit zurückgeführt werden.“

Diese Worte klingen sehr schön, nur sind sie bekanntlich wohlfeil, und die demokratischen Kreise lassen es in der Praxis auch nicht daran fehlen, die Arbeiter auszubuten.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 2. bis 9. November ist der 45. Wochenbeitrag fällig. Es ist das Mindeste, was von jedem Verbandsmitglied erwartet werden kann, die fälligen Beiträge pünktlich zu entrichten.

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

Dem Verbands gehören über 25 Jahre an: Berlin, Bernhard Lang, Kosfermacher, Albert Schrader, Täschner; Rob. Walter, Sattler.

Mürnberg, Georg Erbacher, Sattler.

Adressenveränderungen.

Koltenburg. Vor.: Leonhard Hellenschmidt, Sudengasse 12.

Mühlheim (Ruhr). Vor.: Rob. Hedmann, Heilrichstraße.

Gummersbach. Kass.: Willy Budde, Bergneustadt (Ndl.), Hadenberg 20.

Düsselhof. Vor.: Paul Gehring, Esmarckstraße 101.

Elberfeld. Vor.: Willi Lenzen, Elberfeld-Warrendorf, Waldrieden 14.

Siegen L. Westf. Kass.: Emil Brejenik, Wiesenstraße 32.

Brandenburg a. d. S. Vor.: Alfred Hebrich, Neustadt, Heidestr. 33.

Sattler gesucht

Die Altemerkerstr. 13. (Bürt.) Inf.-Reg. Standort: Ludwigsburg. Stuttgart, steht ausget. noch freiwillige ein - gelernter Sattler - Die Kom. ist ausget. zur Wachtuppe Berlin NW 32, Hallesauer Str. 10, form. mandiert. Schrift. Weibungen mit Zeugnissen wollen an die W. U. S. Berlin NW 32, Mathesener Str. 10, eingereicht werden.

Riemensattler,

besetzte Affordhäuser, zum sel. Eintritt gesucht. Angebote an Leder- und Riemensattler Gebr. Kerstl u. Co., Frankfurt a. M., Cassauerstr.

Geübte Afford-Mäher auf Treibriemen gesucht. Gebrüder Klinker, Dresden-Altstadt.

Ledermodellleur (Ledermodellleur) für kunstgewerbliche Arbeiten (selbständ. arbeitend) in demselben Fachbereich für Lederwaren, Norddeutschlands sofort gesucht. unter E. W. 50 an die G. S. B.

Lebige Täschner auf Mantelgästen und Lederstoffe bestens eingearbeitet, sowie **Portefeuller**, selbständige Arbeiter auf Mantelgästen, welche Arbeiten sofort gesucht. Auskunft, Aneg. mit Lebenslauf an E. Hähnam & Ehne, Fabrikation von Lederwaren, Gabelstr. a. M.